

Lena Fries, Katalin Gennburg

Linke Kampagnen von unten

Aktive Wahlkreisarbeit als Fundament antifaschistischer Kiezpolitik

Seit dem Protest gegen das kommerzielle Musikfestival Lollapalooza im Treptower Park 2016 stehen wir als Linke in Treptow für konfliktorientierte Politik vor Ort, die der Wut der Menschen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse angemessen ist. Wir reden nichts klein und moderieren nichts ab. Im Gegenteil: Kein Konflikt ist uns zu klein und keiner zu groß, um eine Initiative im Stadtteil zu unterstützen oder neu zu gründen. Statt Probleme zu ignorieren oder zu relativieren, entwickeln wir linke Antworten und wollen diese gemeinsam mit den Menschen durchsetzen: solidarisch und rebellisch gegen die Arroganz der Macht. Damit docken wir als Linke dort an, wo es für die Menschen am wichtigsten ist: vor ihrer eigenen Haustür – und setzen so der Frustration, der Krise der Demokratie und dem Rechtsruck etwas entgegen. Wenn den Menschen dort ihre Meinungen, Perspektiven und Lebensleistungen aberkannt werden, ergibt sich ein unaufhaltbarer Schaden für die Demokratie. Insbesondere für die Menschen im Osten wiederholen sich damit Erfahrungen aus der Transformationszeit nach 1989/90. Hier kann aktive Wahlkreisarbeit von unten wirken, wenn sie die 'Krise des Quartiers' als neues, starkes Thema in den Vordergrund stellt, die Menschen ernst nimmt, eng mit lokalen Akteur*innen zusammenarbeitet und kämpferisch ist.

Diese kommunalpolitische Haltung ergibt sich aus der Analyse, dass die soziale Versorgung der Kieze in der kapitalgetriebenen Stadtentwicklung so sehr der Marktlogik unterliegt, dass bürgerliche Kieze deutlich besser versorgt sind als die klassischen Arbeiterkieze vor allem im ehemaligen Osten der Stadt. Aber auch die Großwohnsiedlungen im Westen kämpfen schon seit Jahrzehnten mit einer unzureichenden Versorgungssituation oder haben ebenfalls einen Abbau erlebt. Als Einsatzfeld bietet sich ebenso der Ring zwischen Innen- und Außenstadt an. In den Siedlungen der 20er und 30er-Jahre, die hinter dem S-Bahn-Ring, aber noch nicht in der kompletten Peripherie liegen, fehlen die häufig ursprünglich vorhandenen Nahversorgungsstrukturen heute. Die Voraussetzungen unterscheiden sich von Kiez zu Kiez, die Krise herrscht aber überall. Die Linke muss hier überall zuhören, sich des Themas von links annehmen und die Menschen vor Ort mobilisieren – und so alte Hochburgen stabilisieren und neue organisieren.

Fallbeispiel Berlin Plänterwald

Wir erzählen diese Geschichte am Beispiel des Ost-Berliner Ortsteils Plänterwald. Wir treffen in diesem Kiez auf eine Ausgangssituation, welche so oder so ähnlich in vielen Berliner Kiezen insbesondere am Stadtrand und im gesamten Osten der Hauptstadt zu finden ist: Der Ortsteil ist stark überaltert. Etliche der Erstbewohner*innen der Q3A-Blocks wollten nie wegziehen, hinzu kamen in den letzten Jahren aus der Innenstadt Verdrängte. Es fehlt an Nahversorgung und damit meinen wir: Ärzt*innen und soziale Infrastruktur für das Alltagsleben, egal ob Geldautomaten oder Bäckereien, ob Apotheke oder Kino. Es gibt mittlerweile nur noch einen Billig-Discounter mit ungenügendem Angebot sowie eine übrig gebliebene Hausärztin, welche allerdings in Rente gehen will. Auch die Apotheke vor Ort hat aufgegeben, nachdem das Ärztehaus geschlossen wurde.

Insbesondere die Nachbar*innen Ü65 sind aufgrund der immer schlechteren Nahversorgungssituation oft unfreiwillig und trotz der hohen Unterhaltungskosten zur Autonutzung gezwungen. Gleichzeitig wird wie in ganz Berlin auf den Grünflächen zwischen den Wohnblocks aus DDR-Zeiten unter dem Mantra „BauenBauenBauen“ nachverdichtet. So erleben wir im Ostteil der Hauptstadt, dass sich die Nachverdichtung zum Kristallisationspunkt für die ohnehin hohe Frustration über das „Abgehängtsein“ auswächst, die im Stadtteil immer stärker spürbar ist.

Darüber hinaus hat der Ortsteil ein enormes Verkehrsproblem: Plänterwald wird durch die vierspürige und stark befahrene Köpenicker Landstraße geteilt, demnächst eröffnet die Verlängerung der Stadtautobahn von Neukölln zum Treptower Park und der Bustakt könnte laut BVG

aufgrund des hohen Bedarfs ausgebaut werden, würde es nicht an Fahrpersonal fehlen – ein Umstand der sich in den kommenden Jahren noch verstärken wird und Anknüpfungspunkt auch für gemeinsam Kämpfe, z.B. im Rahmen der Kampagne #wirfahrenzusammen darstellt. Ab 2024 eröffnet auf dem Gelände des einstigen DDR-Kulturparks im Plänterwald schrittweise der Spreepark als neuer Tourismusstandort. Gleichzeitig soll die Willi-Sänger-Sportanlage zum Regionalligastadion umgebaut werden, während entlang der stauanfälligen Köpenicker Landstraße eigentlich ein breiter Fahrradweg entsprechend des Berliner Mobilitätsgesetzes Außen- und Innenstadt verbinden soll.

Als Ende 2022 angekündigt wurde, dass durch den Bau des Radwegs 290 Parkplätze wegfallen würden, führte dies im Zusammenspiel mit der geschilderten Verkehrs- und Nahversorgungssituation zu Widerstand und einer emotional geführten Debatte unter den Anwohner*innen. Die noAfD setzte hier an und erfand – öffentlichkeitswirksam – vermeintlich „einfache“ Lösungen: Sie forderte, die Radverkehrsanlage ersatzlos zu streichen. Insbesondere im Wahlkampf 2023 wurde das Thema erst durch die Nazis aufgegriffen, dann durch die CDU unterstützt und damit viele Menschen und Herzen im überalterten Kiez gewonnen. Wenige Tage vor der Wiederholungswahl zu Abgeordnetenhaus und BVV verteilte die noAfD im Wohngebiet Flyer zum Erhalt der Parkplätze und nur durch unsere Gespräche beim Haustürwahlkampf wurden wir darauf aufmerksam.

Uns als Die Linke war klar: Der Radweg kann nicht das eigentliche Problem sein. An den Haustüren, in Bürgerdialogen neben dem Supermarkt vor Ort und im Austausch mit der Bürgerinitiative haben wir mit den Nachbar*innen den eigentlichen „Elefanten im Raum“ identifiziert, der Kristallisationspunkt für die Probleme im Kiez ist, und so gemeinsam solidarische Antworten für die Nachbarschaft vor dem Hintergrund einer linken Programmatik entwickelt:

Die fehlende Beteiligung der Menschen bei den Großprojekte im Kiez bei gleichzeitigem Abbau der Versorgungsinfrastrukturen von Apotheke bis Postfiliale sowie deren berechtigtes Gefühl, nicht ernstgenommen zu werden, führt zu einer rundumschlagenden Ablehnung und Wut gegen „die da oben“ und dockt im Osten erst recht an die Erfahrungen von Vereinigungsunrecht, Ausverkauf und Schlechterstellung an.

Bereits 2021 haben sich die Anwohner*innen in den Häusern lautstark den planlosen Nachverdichtungsvorhaben der landeseigenen Stadt und Land in Plänterwald entgegengestellt und in unter drei Wochen mehr als 1.000 Unterschriften gesammelt. Ergebnis dessen war nach intensivem Ringen ein durch die BVV und die dort herrschenden rot-rot-grünen Mehrheit positiv abgestimmter Einwohnerantrag mit einem „Kompromiss“: Ein grüner Innenhof wird verschont, die Wohnungen dafür nebenan auf einer anderen, aber ökologisch weniger wertvollen, grünen Wiese gebaut. Dies wird von den Anwohner*innen jedoch nicht als Teilerfolg, sondern als Missachtung ihrer Interessen und ihres Engagements wahrgenommen.

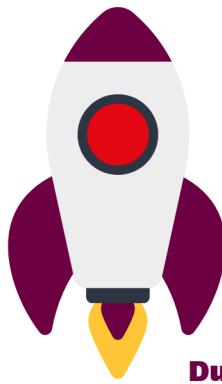
Insbesondere seit dem Beginn der Bauvorhaben der Nachverdichtung, bei der zusätzlich weder Verkehrs- noch Nahversorgungskonzepte geliefert werden, ist die Resignation der Nachbarschaft auf den Straßen und an Infoständen deutlich zu spüren. Hier muss auch eine Linke im Parlament gegengesteuern: durch eine Politisierung des „Scheiterns“ und eine offene Kommunikation – und damit eine klare und öffentlich sichtbare Kante der Linken gegen die „BauenBauenBauen“-Politik aller demokratischen Parteien im Bezirk.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse brauchten wir eine lokale Strategie, die weiteren Frust verhindert und die Erfolge der noAfD bei der kommenden Wahl gezielt eindämmt. Damit entziehen wir auch rassistischen Tendenzen im Diskurs über die neuen Nachbar*innen in den Nachverdichtungsbauten konsequent den Boden.

Entwicklung einer Kiezkampagne vor Ort

Aus dieser Problemanalyse heraus haben wir als Linke das wichtigste Anliegen der Anwohner*innen umgesetzt und ihnen zugehört. Wir haben ihre Perspektiven ernst genommen und sie aktiv eingebunden, um eine lokale Kampagne zu entwickeln, die am Alltagsbewusstsein und den alltäglichen Bedürfnissen der Nachbarschaft ansetzt. Die Kampagne zielt darauf ab, die Mobilität der Menschen zu verbessern, indem sie die fußläufige Erreichbarkeit von guter Nahversorgung, die soziale Infrastruktur und nachhaltige Verkehrslösungen in den Mittelpunkt stellt, anstatt das Auto unkritisch zu verteidigen, und dockt damit an die Ansätze einer feministischen Stadtplanungspolitik an.

Kiezkampagne Plänterwald



Organisierung

Aug. '23 Demo gegen die Schließung des Ärztehauses, Beschluss des BV TK zur Unterstützung der Anwohner*innen

Juli-Sep. '23 Vorbereitung des Einwohnerantrags für ein Mobilitäts- und Infrastrukturkonzept für ein lebenswertes Plänterwald unter Beteiligung der Anwohner*innen

Juli '23 1. Treffen Nachbarschaftsvernennung

Durchführung

Juli '24 Einwohnerversammlung mit über 250 Teilnehmenden

März '24 Abgabe des Einwohnerantrags mit über 1.400 Unterschriften

Nov '23 Podiumsdiskussion zur Ärzt*innenversorgung mit BVV-Fraktion, Linker Stadträtin und KV

Okt.-Feb. '23 Sammelphase mit Infoständen, Haustürgesprächen und Veranstaltungen

Okt. '23 Sammelstart mit Auftaktkundgebung im Kiez mit ca. 140 Menschen

Themensetzung & Kampagnenauftakt

Juli '23 Bürgerdialog im Kiez -> Verteilung Infoblatt mit linker Problemanalyse

Feb '23 Thematischer Flyer im Rahmen des AGH-Wahlkampfes
Themensetzung in Linker Bezirkszeitung und lokalem Medium der Bürgerinitiative

Die direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis, Katalin Gennburg, hält den damals als für die Linke nicht gewinnbar geltenden Wahlkreis seit 2016 mit einer organisierenden und lokal verankerten Wahlkreisarbeit. Grundlage dafür ist die seit Jahren gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen, wie der seit über 30 Jahren existierenden Bürgerinitiative, sowie der Nachbarschaft. Solche Kontakte, gute Vernetzung und bestenfalls aktive Genoss*innen in den Initiativen vor Ort sind für eine gute Wahlkreisarbeit unabdingbar. Dabei fließt Wissen in beide Richtungen: Anliegen aus dem Wahlkreis einerseits, sowie andersrum Infos aus dem Parlament durch Themensetzungen in Ausschüssen, Plenartagungen und Fraktionsbeschlüssen. „Macht umverteilen“ wird hier ganz praktisch, indem Abgeordnetenressourcen für die Menschen vor Ort zugänglich und nutzbar gemacht werden.

Vorläufiger Höhepunkt der Linken Kiezkampagne: Versorgungskrise statt Radwege-Bashing

Am 9. Juli war der Saal des Rathaus Treptow bis auf den letzten Platz besetzt. Mehr als 250 Nachbar*innen besuchten eine Einwohnerversammlung im Rahmen des Einwohnerantrags – ein starkes Zeichen an den Bezirk. Die Beiträge der Bürger*Innen erwiesen sich als Gradmesser für den bisherigen Erfolg der Kampagne.

Die Einwohnerversammlung hat gezeigt, dass wir als Linke mit der Kampagne das Thema vor Ort gedreht haben. Die Bürger*innen meldeten sich zur Gesundheitsversorgung, zur Verkehrssituation und Luft- und Lärmverschmutzung, zur Nahversorgung oder auch zum ÖPNV – die wegfallenden Parkplätze für den Radweg wurden lediglich in einem Beitrag erwähnt.

Durch aktive Wahlkreisarbeit, gemeinsam mit den Menschen vor Ort, haben wir – gestützt auf eine klare linke Programmatik – die Versorgungskrise als das eigentliche Problem erkannt, das Thema in den Mittelpunkt gerückt und so viel Druck aufgebaut, dass in Plänerwald niemand mehr an dieser Frage vorbeikommt.

Diesen Erfolg kann sich die Kampagne bereits jetzt auf die Fahnen schreiben. Auch einige jüngere Anwohner*innen waren vor Ort. Gleichzeitig kann auch für den Kampf gegen Rechts ein Etappensieg vermeldet werden. Obwohl die noAfD in Plänerwald Stimmen zugewinnt und versucht Themen wie den Radweg für sich zu instrumentalisieren, erhielt die klare Abgrenzung der Kampagne gegen Rechts bei der Einbringung des Einwohnerantrags auf der Versammlung großen Applaus. Insbesondere vor dem Hintergrund der Frustration sowie der Wahlergebnisse in Plänerwald ist das nicht selbstverständlich und ein klarer Erfolg antifaschistischer Kiezpolitik.

Wie weiter?

Eine derartige Kiezkampagne ist auf Dauer angelegt. Sie soll und darf nicht als Eintagsfliege (z.B. einmalige Unterschriftensammlung) wahrgenommen werden. Das Vertrauen in „die Politik“ ist (in Teilen auch gerechtfertigt- bzw. zumindest nachvollziehbarerweise) gegenwärtig so stark erschüttert, dass zwischen „denen da oben“ kein Unterschied mehr gemacht wird. Umso wichtiger ist es, die Kampagne nachhaltig weiterzuführen, sie auf Landes- und Bundesebene anzubinden und die entsprechenden Prozesse in den Arbeitsalltag zu integrieren. Zur kontinuierlichen Weiterführung sind lokale Allianzen und Vernetzungen zentral – innerhalb der Partei, im Bezirk sowie im Land als auch mit anderen Inis und Kampagnen.



1. Auflage Dezember 2024 / Die Langfassung dieser Broschüre erscheint 2025.

Katalin Gennburg, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus
Wahlkreisbüro „Die Quelle“
Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Die Linke

Katalin Gennburg
und Lena Fries